

II. ANGEBOT

1. REGIERUNGSERKLÄRUNG

ZUM THEMA FLUCHT UND ASYL (VORSCHLAG)

Im Rahmen der Koalitionsvereinbarung der zukünftigen Regierungsparteien wird beschlossen:

1. Die österreichischen Gesetze zu Flucht und Asyl werden zur Gänze im Geiste der Menschenrechte überarbeitet, vereinheitlicht und vereinfacht.
2. Die humanitäre Situation von Menschen, die in Österreich Schutz suchen, wird in Zukunft wesentlich stärker berücksichtigt. Sie sollen auch dann Zugang zu einem humanitären Aufenthaltsrecht bekommen, wenn sie in ihrem Heimatland existentiell gefährdet sind.
3. Um die Überarbeitung der Gesetze zu Flucht und Asyl fachlich fundiert, effizient und rasch zu bewerkstelligen, wird eine partei-unabhängige ExpertInnenkommission eingesetzt. In dieser Kommission sollen sämtliche Aspekte und betroffene Fachbereiche der Thematik ausgewogen abgebildet sein. Die Kommission soll Vorschläge ausarbeiten und die Regierung bei der Umsetzung der Reformen unterstützen.
4. Bis 31.3. 2014 soll die ExpertInnenkommission Vorschläge für ein faires, humanes und effizientes Asylverfahren ausarbeiten. Die Vorschläge für eine umfassende Neufassung der Gesetze zu Asyl und Flucht sollen bis zum 31.12. 2014 vorliegen.
5. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Höhere Studien werden gemeinsam beauftragt, bis 30.6.2014 eine Studie über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu erstellen, mit denen bei der Umsetzung der in dieser Regierungserklärung enthaltenen Prioritäten zu rechnen sein wird.
6. Grundsätzlich beabsichtigt die Bundesregierung, vorrangig folgende Problembereiche in der Reform des Asyl- und Fremdenrechts zu berücksichtigen und zu lösen:
 - (a) Im Fall gut integrierter Asylsuchender soll in Hinkunft prioritär ein humanitär orientiertes Bleibe-recht zur Anwendung gelangen, Familien sollen nicht zerrissen werden.
 - (b) In allen Verfahren sollen humanitäre Umstände verstärkt berücksichtigt werden.
 - (c) Für Asylsuchende soll ein effektiver Zugang zum Arbeitsmarkt nach längstens sechs Monaten sowie ein ungehinderter Zugang zu Schul- und Weiterbildung ermöglicht werden.
 - (d) Es soll eine an den menschlichen Bedürfnissen orientierte Grundversorgung mit flächendecken-der professioneller Betreuungsstruktur aufgebaut werden, die Eigenverantwortlichkeit unterstützt und auch realistische Möglichkeiten der Eigenversorgung vorsieht.
 - (e) Die Bundesregierung bekennt sich dazu, dass in der EU ein solidarisches System der Flüchtlings-

aufnahme zu schaffen ist und verfolgt daher das Ziel, umfassende Gesetzesbeschlüsse auf EU-Ebene zu erreichen, die europaweit die o.a. Rechte und Standards für alle schutzsuchenden Personen in allen Mitgliedsländern sicherstellen.

7. Die österreichische Bundesregierung wird sich weiters mit Nachdruck in allen relevanten EU-Gremien dafür einsetzen, dass auf gesamt-europäischer Ebene eine die humanitären Schicksale von Flüchtlingen und Asylsuchenden respektierende und menschenrechtskonforme Behandlung von Hilfesuchenden erreicht wird. Sie wird eine Sonderabteilung mit dieser Aufgabe betrauen, die ihrerseits von der o.a. ExpertInnenkommission beraten wird, und konkrete Vorschläge an die relevanten EU-Gremien bis zum 31.12.2014 erstellen soll.

N.B. Dieser Vorschlag wurde von Ernst Löschner und Michael Kerbler basierend auf den Forderungen der gemeinsamen Initiative konzipiert, und mit allen Trägerorganisationen besprochen. Er wird in den nächsten Wochen von der »Agenda Asyl« unter der Federführung von Diakonie, asylkoordination, Volkshilfe, Integrationshaus und SOS Mitmensch mit den Verantwortlichen der Koalitionsverhandlungen diskutiert.

2. EXPERTINNENKOMMISSION

Wie in dem Entwurf zur Regierungserklärung erwähnt, wird folgende ExpertInnenkommission vorgeschlagen:

Leitung:

Univ. Prof. Dr. Manfred Nowak, Universität Wien, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte

Team:

Univ. Prof. Dr.ⁱⁿ Sieglinde Rosenberger, Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Bernd-Christian Funk, Universität Wien

Dr.ⁱⁿ Margit Ammer, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte

RA Mag. Wilfried Embacher, Experte für Fremdenrecht

RAⁱⁿ Mag^a Nadja Lorenz, Expertin für Asylrecht

RAⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Julia Ecker, Expertin für Niederlassungsrecht

Mag.^a Terezija Stoisits, Volksanwältin a.D.

Dr. Peter Kostelka, Volksanwalt a.D.

DI Peter Marhold MBA, Helping Hands

Mag. Johannes Peyrl, Arbeiterkammer

Mag.^a Anny Knapp, asylkoordination

Mag.^a Susanne Bisko, Amnesty International

Mag.^a Karin Abram, Caritas Österreich

Andrea Eraslan-Weninger MSc, Verein Integrationshaus

Mag.^a Verena Fabris, Volkshilfe Österreich

Mag. Christoph Riedl, Diakonie Flüchtlingsdienst

3. ÜBERGABE-BRIEFE

Diese Dokumentation wurde an **Nationalratspräsidentin Frau Mag.^a Barbara Prammer** am 28. Oktober 2013 mit einem Begleitbrief persönlich überreicht.

Begleitbriefe sowie die Dokumentation für:

- **Herrn Bundespräsident Dr. Heinz Fischer**
- **Herrn Bundeskanzler Werner Faymann**
- **Herrn Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger**
- **Frau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner**

wurden an deren Kabinetts- und Pressechefs am 28. und 29. Oktober übergeben.

Ein weiterer Brief an **Nationalratspräsidentin Frau Mag.^a Barbara Prammer** wurde am 29. November 2013 mit der Bitte übergeben, diese Dokumentation an alle 183 Nationalratsabgeordnete zu überreichen.

Alle Begleitbriefe finden sich im Anhang.

Die Dokumentation wurde am 29. November 2013 auch **Herrn Bundesratspräsident Reinhard Todt** und alle 61 Mitglieder des Bundesrats überreicht.



Herrn Bundespräsident
Dr. Heinz Fischer
Präsidenschaftskanzlei
Hofburg, Leopoldinischer Trakt
Ballhausplatz
A-1010 Wien

Wien, am 28. Oktober 2013

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Dr. Fischer,

betr: Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

Für uns – und mit uns für sehr viele ÖsterreicherInnen – sind Sie ein Mensch, der sich immer persönlich für Werte von Anständigkeit, Fairness, Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit eingesetzt hat. Sie haben auch zurecht immer die Rechtsstaatlichkeit Österreichs hervorgehoben. Die Gesetze in Österreich zu Flucht und Asyl sind jedoch in vielen Bereichen absolut reformbedürftig, mehr noch: Sie sind total unübersichtlich geworden und, vor allem, sie verdienen in vielen Bereichen inhaltlich nicht das Prädikat »menschlich«. Auch in der Gesetzesdurchführung kommt es vielfach zu unmenschlichen Vorgängen. Eine Veränderung ist daher dringend geboten.

Wir erlauben wir uns daher, Ihnen beiliegende umfangreiche Dokumentation zu obigem Aufruf zu überreichen. Sie beinhaltet sämtliche relevanten Unterlagen zu diesem Aufruf, im besonderen die Namen aller 30.000+ UnterstützerInnen die diesen Aufruf durch ihre Unterschrift mittragen, die Namen aller 45 Partnerorganisationen, und die Namen samt der persönlichen Unterstützungserklärungen und Fotos von 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich im Personenkomitee des Aufrufs zusammengeschlossen haben.

Unsere Petition richtet sich an die zukünftige Bundesregierung und das Parlament der Republik Österreich. Sie ist zugleich ein Appell und ein Angebot. Wir überreichen daher diese Dokumentation an Herrn Bundeskanzler Werner Faymann, Herrn Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger und an Frau Bundesministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner sowie an Frau Präsidentin Mag. Barbara Prammer.

Wir erlauben uns jedoch, sehr geehrter Herr Bundespräsident, auch an Sie persönlich als moralische Instanz dieser Republik zu appellieren: Bitte machen Sie Ihren Einfluss geltend und tun auch Sie alles was in Ihrer Macht steht, damit den Forderungen bzw. Vorschlägen unserer Petition möglichst umfassend Rechnung getragen wird. Das Ziel der Petition ist eine Neugestaltung der österreichischen Gesetze und Durchführungsverordnungen im Geiste von mehr Menschlichkeit. Die Betroffenen wie auch die österreichische Gesellschaft erwarten außerdem nicht nur faire Asylverfahren, sondern mehr Qualität und Transparenz in ihrer Durchführung.

Wir unterbreiten der Bundesregierung und dem Parlament nicht nur diese Petition, sondern auch ein Angebot, worüber wir Sie informieren möchten: Die Trägerorganisationen, die den Aufruf gemeinsam mit uns gestaltet haben und dazu eine »Hintergrundinformation« zusammengestellt haben, die bereits eine Fülle von Vorschlägen enthalten, sind gerne bereit, so die zukünftige Bundesregierung dies wünscht, in einer ExpertInnenkommission

partnerschaftlich mitzuwirken. In dieser Dokumentation finden sich dazu konkret die Namen von ExpertInnen, die wir für diese Aufgabe vorschlagen würden. Wir haben auch mit Herrn Univ.Prof. Dr. Manfred Nowak vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte bereits gesprochen, der sich für den Vorsitz dieser Kommission zur Verfügung stellen würde. Wir gehen auch davon aus, dass WIFO und IHS grundsätzlich bereit wären, einen Auftrag zu einer volkswirtschaftlichen Kosten/Nutzen-Analyse der von uns unterbreiteten Vorschläge zu übernehmen.

Wir ersuchen Sie um eine möglichst baldige Antwort auf dieses Schreiben. Die Arbeit unserer Initiative wird jedenfalls federführend von jenen Organisationen weitergeführt, die im tagtäglichen Kontakt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden stehen.

Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang informieren, dass wir alle Regierungsmitglieder und alle ParlamentarierInnen einladen, sich ein persönliches Bild von der Situation zu machen, mit der diese Betroffenen derzeit in Österreich konfrontiert sind.

Wir bedanken uns im Voraus für Ihre Hilfestellung und Ihre Unterstützung

und verbleiben,

mit freundlichen Grüßen

Ernst Löschner Michael Kerbler
Initiatoren der Initiative »Gegen Unmenschlichkeit«

Der Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik wurde gemeinsam mit 15 Trägerorganisationen initiiert:



ANLAGE: Dokumentation des Aufrufs bzw. der Petition für eine menschliche Flüchtlingspolitik
www.gegen-unmenschlichkeit.at

Postadresse: Dr. Ernst Löschner · Langackergasse 32 · 1190 Wien



Herrn Bundeskanzler Werner Faymann
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Wien, am 28. Oktober 2013

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann,

betr: Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

in Ihrer Doppel-Funktion als amtierender Bundeskanzler der Republik Österreich und als Parteivorsitzender, der mit der Bildung einer neuen Bundesregierung beauftragt wurde, erlauben wir uns, Ihnen beiliegende umfangreiche Dokumentation zu obigem Aufruf zu überreichen.

Sie beinhaltet sämtliche relevanten Unterlagen zu diesem Aufruf, im besonderen die Namen aller 30.000+ UnterstützerInnen, die Namen aller 45 Partnerorganisationen, und die Namen samt den persönlichen Unterstützungserklärungen und Fotos von 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich im Personenkomitee des Aufrufs zusammengeschlossen haben.

Die Übergabe dieser Dokumentation ist zweierlei: Appell und Angebot. Vor allem appellieren wir an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, alles in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, dass den Forderungen bzw. Vorschlägen unserer Petition möglichst umfassend Rechnung getragen wird. Das Ziel der Petition ist eine Neugestaltung der österreichischen Gesetze und Durchführungsverordnungen im Geiste von mehr Menschlichkeit. Die Betroffenen wie auch die österreichische Gesellschaft erwarten außerdem nicht nur faire Asylverfahren, sondern mehr Qualität, Transparenz und Effizienz in ihrer Durchführung.

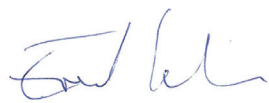
Wir appellieren an Sie als Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, die sozialen Werte und die historische Tradition Ihrer Partei als Ausgangspunkte für eine Reform der bestehenden Gesetze zu Flucht und Asyl zu nutzen.

Nun zu unserem Angebot: Die 15 Trägerorganisationen, die diesen Aufruf gemeinsam mit uns gestaltet haben und dazu eine »Hintergrundinformation« zusammengestellt haben, die bereits eine Fülle von Vorschlägen enthalten, sind gerne bereit, so die zukünftige Bundesregierung dies wünscht, sich mit einer Expertenkommission partnerschaftlich einzubringen. In dieser Dokumentation finden Sie dazu konkret die Namen von ExpertInnen, die wir für diese Aufgabe vorschlagen würden. Wir haben auch mit Herrn Univ. Prof. Dr. Manfred Nowak vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte bereits gesprochen, der sich für den Vorsitz dieser Kommission zur Verfügung stellen würde. Wir gehen auch davon aus, dass WIFO und IHS grundsätzlich bereit wären, einen Auftrag zu einer volkswirtschaftlichen Kosten/Nutzen-Analyse der von uns unterbreiteten Vorschläge zu übernehmen.

Wir überreichen auch Herrn Vizekanzler Dr. Spindelegger, Frau Parlamentspräsidentin Mag. Barbara Prammer, Frau Bundesministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner wie auch Herrn Bundespräsident Dr. Heinz Fischer diese Dokumentation mit Begleitbriefen, die ebenfalls in dieser Dokumentation enthalten sind.

Wir ersuchen Sie um eine möglichst baldige Antwort auf dieses Schreiben. Die Arbeit unserer Initiative wird jedenfalls federführend von jenen Organisationen weitergeführt, die im tagtäglichen Kontakt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden stehen. Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang nochmals einladen, sich ein persönliches Bild von der Situation zu machen, mit der diese Betroffenen derzeit in Österreich konfrontiert sind. Werden Sie bitte selber ein »Betroffener«.

Mit freundlichen Grüßen



Ernst Löschner Michael Kerbler
Initiatoren der Initiative »Gegen Unmenschlichkeit«

Der Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik wurde gemeinsam mit 15 Trägerorganisationen initiiert:



ANLAGE: Dokumentation des Aufrufs bzw. der Petition für eine menschliche Flüchtlingspolitik
www.gegen-unmenschlichkeit.at

Postadresse: Dr. Ernst Löschner · Langackergasse 32 · 1190 Wien



Herrn Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger
BM für europäische und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
1014 Wien

Wien, am 28. Oktober 2013

Sehr geehrter Herr Vizekanzler Dr. Spindelegger,

betr: Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

in Ihrer Doppel-Funktion als amtierender Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich, erlauben wir uns, Ihnen beiliegende umfangreiche Dokumentation zu obigem Aufruf zu überreichen.

Sie beinhaltet sämtliche relevanten Unterlagen zu diesem Aufruf, im besonderen die Namen aller 30.000+ UnterstützerInnen, die Namen aller 45 Partnerorganisationen, und die Namen samt der persönlichen Unterstützungserklärungen und Fotos von 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich im Personenkomitee des Aufrufs zusammengeschlossen haben.

Die Übergabe dieser Dokumentation ist zweierlei: Appell und Angebot. Vor allem appellieren wir an Sie, sehr geehrter Herr Vizekanzler, alles in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, dass den Forderungen bzw. Vorschlägen unserer Petition möglichst umfassend Rechnung getragen wird. Das Ziel der Petition ist eine Neugestaltung der österreichischen Gesetze und Durchführungsverordnungen im Geiste von mehr Menschlichkeit. Die Betroffenen wie auch die österreichische Gesellschaft erwarten außerdem nicht nur faire Asylverfahren, sondern mehr Qualität und Transparenz in ihrer Durchführung.

Wir appellieren an Sie als Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, die christlichen Werte und die historische Tradition Ihrer Partei als Ausgangspunkte für eine Reform der bestehenden Gesetze zu Flucht und Asyl zu nutzen.

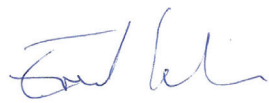
Nun zu unserem Angebot: Die 15 Trägerorganisationen, die diesen Aufruf gemeinsam mit uns gestaltet haben und dazu eine »Hintergrundinformation« zusammengestellt haben, die bereits eine Fülle von Vorschlägen enthalten, sind gerne bereit, so die zukünftige Bundesregierung dies wünscht, sich mit einer Expertenkommission partnerschaftlich einzubringen. In dieser Dokumentation finden Sie dazu konkret die Namen von ExpertInnen, die wir für diese Aufgabe vorschlagen würden. Wir haben auch mit Herrn Univ. Prof. Dr. Manfred Nowak vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte bereits gesprochen, der sich für den Vorsitz dieser Kommission zur Verfügung stellen würde. Wir gehen auch davon aus, dass WIFO und IHS grundsätzlich bereit wären, einen Auftrag zu einer volkswirtschaftlichen Kosten/Nutzen-Analyse der von uns unterbreiteten Vorschläge zu übernehmen.

Wir überreichen auch Herrn Bundeskanzler Werner Faymann, Frau Parlamentspräsidentin Mag. Barbara Prammer, Frau Bundesministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner wie auch Herrn Bundespräsident Dr. Heinz

Fischer diese Dokumentation mit Begleitbriefen, die ebenfalls in dieser Dokumentation enthalten sind.

Wir ersuchen Sie um eine möglichst baldige Antwort auf dieses Schreiben. Die Arbeit unserer Initiative wird jedenfalls federführend von jenen Organisationen weitergeführt, die im tagtäglichen Kontakt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden stehen. Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang nochmals einladen, sich ein persönliches Bild von der Situation zu machen, mit der diese Betroffenen derzeit in Österreich konfrontiert sind. Werden Sie bitte selber ein »Betroffener«.

Mit freundlichen Grüßen



Ernst Löschner



Michael Kerbler

Initiatoren der Initiative »Gegen Unmenschlichkeit«

Der Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik wurde gemeinsam mit 15 Trägerorganisationen initiiert:



ANLAGE: Dokumentation des Aufrufs bzw. der Petition für eine menschliche Flüchtlingspolitik
www.gegen-unmenschlichkeit.at

Postadresse: Dr. Ernst Löschner · Langackergasse 32 · 1190 Wien



Frau Bundesministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner
Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7
1014 Wien

Wien, am 28. Oktober 2013

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Mag.^a Mikl-Leitner,

betr: Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

in Ihrer Funktion als zuständige Bundesministerin der Republik Österreich erlauben wir uns, Ihnen beiliegende umfangreiche Dokumentation zu obigem Aufruf zu überreichen.

Sie beinhaltet sämtliche relevanten Unterlagen zu diesem Aufruf, im besonderen die Namen aller 30.000+ UnterstützerInnen, die Namen aller 45 Partnerorganisationen, und die Namen samt den persönlichen Unterstützungserklärungen und Fotos von 200 Persönlichkeiten, die sich im Personenkomitee des Aufrufs zusammengeschlossen haben.

Die Übergabe dieser Dokumentation ist zweierlei: Appell und Angebot. Vor allem appellieren wir an Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, alles in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, dass den Forderungen bzw. Vorschlägen unserer Petition möglichst umfassend Rechnung getragen wird. Das Ziel der Petition ist eine Neugestaltung der österreichischen Gesetze und Durchführungsverordnungen im Geiste von mehr Menschlichkeit. Die Betroffenen wie auch die österreichische Gesellschaft erwarten außerdem nicht nur faire Asylverfahren, sondern mehr Qualität und Transparenz in ihrer Durchführung.

Wir appellieren an Sie als Bundesministerin der Österreichischen Volkspartei, die christlichen Werte und die historische Tradition Ihrer Partei als Ausgangspunkte für eine Reform der bestehenden Gesetze zu Flucht und Asyl zu nutzen.

Nun zu unserem Angebot: Die 15 Trägerorganisationen, die diesen Aufruf gemeinsam mit uns gestaltet haben und dazu »Hintergrundinformationen« zusammengestellt haben, die bereits eine Fülle von Vorschlägen enthalten, sind gerne bereit, so die zukünftige Bundesregierung dies wünscht, sich mit einer Expertenkommission partnerschaftlich einzubringen. In dieser Dokumentation finden Sie dazu konkret die Namen von ExpertInnen, die wir für diese Aufgabe vorschlagen würden. Wir haben auch mit Herrn Prof. Dr. Manfred Nowak vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte bereits gesprochen, der sich für den Vorsitz dieser Kommission zur Verfügung stellen würde. Wir gehen auch davon aus, dass WIFO und IHS grundsätzlich bereit wären, einen Auftrag zu einer volkswirtschaftlichen Kosten/Nutzen-Analyse der von uns unterbreiteten Vorschläge zu übernehmen.

Wir überreichen auch an Herrn Bundeskanzler Werner Faymann, Herrn Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger, Frau Parlamentspräsidentin Mag. Barbara Prammer wie auch Herrn Bundespräsident Dr. Heinz Fischer

diese Dokumentation mit Begleitbriefen, die ebenfalls in dieser Dokumentation enthalten sind.

Wir ersuchen Sie um eine möglichst baldige Antwort auf dieses Schreiben. Die Arbeit unserer Initiative wird jedenfalls federführend von jenen Organisationen weitergeführt, die im tagtäglichen Kontakt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden stehen.

Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang nochmals einladen, sich ein persönliches Bild von der Situation zu machen, mit der diese Betroffenen derzeit in Österreich konfrontiert sind. Werden Sie bitte selber eine »Betroffene«.

Mit freundlichen Grüßen

Ernst Löschner Michael Kerbler
Initiatoren der Initiative »Gegen Unmenschlichkeit«

Der Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik wurde gemeinsam mit 15 Trägerorganisationen initiiert:



ANLAGE: Dokumentation des Aufrufs bzw. der Petition für eine menschliche Flüchtlingspolitik
www.gegen-unmenschlichkeit.at

Postadresse: Dr. Ernst Löschner · Langackergasse 32 · 1190 Wien



Frau Nationalratspräsidentin Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Wien, am 28. Oktober 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin Mag.^a Prammer,

betr: Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

in Ihrer Funktion als Parlamentspräsidentin des Nationalrats der Republik Österreich, erlauben wir uns, Ihnen beiliegende umfangreiche Dokumentation zu obigem Aufruf zu überreichen.

Sie beinhaltet sämtliche relevanten Unterlagen zu diesem Aufruf, im besonderen die Namen aller 30.000+ UnterstützerInnen, die Namen aller 45 Partnerorganisationen, und die Namen samt den persönlichen Unterstützungserklärungen und Fotos von 200 Persönlichkeiten, die sich im Personenkomitee des Aufrufs zusammengeschlossen haben.

Die Übergabe dieser Dokumentation ist zweierlei: Appell und Angebot. Vor allem appellieren wir an Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, dass den Forderungen bzw. Vorschlägen unserer Petition möglichst umfassend Rechnung getragen wird. Das Ziel der Petition ist eine Neugestaltung der österreichischen Gesetze und Durchführungsverordnungen im Geiste von mehr Menschlichkeit. Die Betroffenen wie auch die österreichische Gesellschaft erwarten außerdem nicht nur faire Asylverfahren, sondern mehr Qualität und Transparenz in ihrer Durchführung.

Dieser Appell ergeht selbstverständlich an die zukünftige Bundesregierung der Republik Österreich; er richtet sich aber gleichermaßen an den Gesetzgeber, und so bitten wir Sie, dieses Schreiben auch an den Petitionsausschuss des Nationalrates weiterzuleiten und ggf. auch in der nächsten »Präsidiale« die Gelegenheit wahrzunehmen, unseren Brief und die beigefügte Dokumentation auch mit den Klubvorsitzenden der Parteien zu erörtern.

Nun zu unserem Angebot: Die 15 Trägerorganisationen, die diesen Aufruf gemeinsam mit uns gestaltet haben und dazu eine »Hintergrundinformation« zusammengestellt haben, die bereits eine Fülle von Vorschlägen enthalten, sind gerne bereit, so die zukünftige Bundesregierung dies wünscht, sich mit einer ExpertInnenkommission partnerschaftlich einzubringen. In dieser Dokumentation finden Sie dazu konkret die Namen von ExpertInnen, die wir für diese Aufgabe vorschlagen würden. Wir haben auch mit Herrn Prof. Dr. Manfred Nowak vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte bereits gesprochen, der sich für den Vorsitz dieser Kommission zur Verfügung stellen würde. Wir gehen auch davon aus, dass WIFO und IHS grundsätzlich bereit wären, einen Auftrag zu einer volkswirtschaftlichen Kosten/Nutzen-Analyse der von uns unterbreiteten Vorschläge zu übernehmen.

Dieses Angebot zur Zusammenarbeit gilt selbstverständlich auch für den Petitionsausschuss des Nationalrates.

Als weiteres Beispiel unserer Kooperationsbereitschaft finden Sie in dieser Dokumentation zu Ihrer Informati-

on den Entwurf einer Regierungserklärung, wie wir ihn den Regierungsparteien zur Begutachtung bzw. für die Regierungsverhandlungen vorschlagen. Wir überreichen auch Herrn Bundeskanzler Werner Faymann, Herrn Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger, Frau Bundesministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner wie auch Herrn Bundespräsident Dr. Heinz Fischer diese Dokumentation mit Begleitbriefen, die ebenfalls in dieser Dokumentation enthalten sind.

Wir ersuchen Sie um eine möglichst baldige Antwort auf dieses Schreiben. Die Arbeit unserer Initiative wird jedenfalls federführend von jenen Organisationen weitergeführt, die im tagtäglichen Kontakt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden stehen.

Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang bitten, alle ParlamentarierInnen einzuladen, sich ein persönliches Bild von der Situation zu machen, mit der diese Betroffenen derzeit in Österreich konfrontiert sind. Es wäre sehr gut für Österreich, wenn sich möglich viele von ihnen selber als »Betroffene« empfinden bzw. empfinden würden.

Mit freundlichen Grüßen

Ernst Löschner

Michael Kerbler

Initiatoren der Initiative »Gegen Unmenschlichkeit«

Der Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik wurde gemeinsam mit 15 Trägerorganisationen initiiert:



ANLAGE: Dokumentation des Aufrufs bzw. der Petition für eine menschliche Flüchtlingspolitik
www.gegen-unmenschlichkeit.at

Postadresse: Dr. Ernst Löschner · Langackergasse 32 · 1190 Wien



Frau Nationalratspräsidentin Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Wien, 29. November 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin Mag.^a Prammer,

betr: Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

Wir hatten die Ehre, Ihnen am 28.10. die umfangreiche Dokumentation zu obigem Aufruf zu überreichen, gemeinsam mit den Vorständen von führenden Hilfsorganisationen.

Das Gespräch mit Ihnen hat uns allen sehr viel bedeutet! Sie erinnerten dabei daran, dass Sie schon vor einigen Jahren eine Evaluierung der österreichischen Gesetze zum Thema Flucht/Asyl vorgeschlagen haben. Nun erlauben wir uns in diesem Zusammenhang – entsprechend unserem Brief vom 28.10. – die Bitte an Sie, diese Dokumentation an alle 183 Abgeordneten des Hohen Hauses zu überreichen.

Zu diesem Anlass haben wir die Dokumentation auf den allerneuesten Stand gebracht und neu gedruckt. Sie beinhaltet daher die Namen aller 31.361 UnterstützerInnen, die Namen aller 48 Partnerorganisationen, und die Namen samt den persönlichen Unterstützungserklärungen und Fotos von 271 Persönlichkeiten, die sich im Personenkomitee des Aufrufs zusammengeschlossen haben.

(NB: dem Personenkomitee haben sich im letzten Monat weit über 100 weitere Persönlichkeiten angeschlossen.)

Wenn nun die Dokumentation an alle Abgeordneten überreicht wird, dürfen wir damit 3 Hoffnungen verknüpfen: dass (i) sich alle ein persönliches Bild von der Ernsthaftigkeit dieses Aufrufs machen, (ii) möglichst viele von ihnen von möglichst vielen Parteien diesen Aufruf der Zivilgesellschaft als Basis für einen Antrag an den Petitionsausschuss des Nationalrates annehmen, und (iii) jeder/m Abgeordneten die Möglichkeit eingeräumt wird, bei der Beschlussfassung über eine Reform der bestehenden Gesetze allein nach freiem Wissen und Gewissen zu entscheiden.

Es war uns von Anbeginn ein Anliegen, möglichst frühzeitig mit allen im Parlament vertretenen (bzw. voraussichtlich vertretenen) Parteien einen Dialog zu beginnen und auszuloten, inwiefern die Zielsetzung unseres Aufrufs Eingang finden könnte in die jeweiligen Parteiprogramme. Dieser Briefwechsel bzw. unser Kommentar dazu findet sich auf gegen-unmenschlichkeit.at/reaktionen. Wenn jetzt, wie von so vielen Menschen in Österreich gewünscht und gefordert, eine grundlegende Reform der Gesetze angegangen werden soll, dann wiederholen wir gerne die Bereitschaft seitens der von uns vorgeschlagenen ExpertInnenkommission, mit dem Hohen Haus bzw. dem Petitionsausschuss zusammenzuarbeiten bzw. beratend zur Verfügung zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ernst Löschner Michael Kerbler
Initiatoren der Initiative »Gegen Unmenschlichkeit«



Der Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik wurde gemeinsam mit 15 Trägerorganisationen initiiert:



ANLAGE: Dokumentation des Aufrufs bzw. der Petition für eine menschliche Flüchtlingspolitik
www.gegen-unmenschlichkeit.at

Postadresse: Dr. Ernst Löschner · Langackergasse 32 · 1190 Wien



info@gegen-unmenschlichkeit.at
www.gegen-unmenschlichkeit.at